



Presseschau vom 05.12.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: „Danach werden wir sehen“: USA wollen noch 60 Tage INF-Vertrag einhalten

US-Außenminister Mike Pompeo hat am Dienstag in Brüssel die Absicht der Vereinigten Staaten bekannt gegeben, während einer Zeitperiode von 60 Tagen keine im INF-Vertrag vorgesehenen Raketen zu produzieren oder zu stationieren.

„Im Laufe dieser 60 Tage werden wir nach wie vor keine (vom INF-Vertrag verbotene - Anm. d. Red.) (Waffen-)Systeme herstellen, testen und stationieren. Danach werden wir sehen, was passieren wird“, sagte Pompeo.

Auch die Nato-Verbündeten der USA hätten die vorgeschlagene 60-tägige Zeitperiode unterstützt, betonte Pompeo: „In dieser Hinsicht gibt es völlige Einhelligkeit (unter den Nato-Mitgliedsländern - Anm.d. Red.)“, so der Außenminister.

Die USA hätten Russland bereits aufgefordert, die Einhaltung des INF-Vertrags wieder aufzunehmen, allerdings habe es bislang „keine Hinweise gegeben, dass sie (die Russen) das tun“.

Zuvor äußerte Pompeo, sollte Russland im Laufe von 60 Tagen nicht die Einhaltung des Vertrages wiederaufnehmen, würden die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen zu dem Abkommen aussetzen.

Am 20. Oktober hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt. Die

USA würden den Vertrag verlassen, weil Russland ihn verletze, so Trump. Zudem verwies Washington auf die Tatsache, dass eine Reihe von Ländern, vor allem China, die über Flugkörper mittlerer Reichweite verfügen, am INF-Vertrag nicht teilnehmen würden.... Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat bekannt gegeben, dass Washington Moskau über den Ausstieg aus dem INF-Vertrag bislang nicht offiziell informiert habe. Sollte es jedoch dazu kommen, würde das „ein großer Fehler“ sein, so Peskow.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32269/20/322692051.jpg>

de.sputniknews.com: **Pompeo droht Russland mit „kollektiver Antwort“ auf Haft ukrainischer Seeleute**

Die USA haben die sofortige Rückkehr der ukrainischen Seeleute gefordert, die zuvor die Staatsgrenze der Russischen Föderation im Schwarzen Meer verletzt haben und verhaftet wurden. Anderenfalls haben sie in diesem Zusammenhang eine „kollektive Antwort“ in Betracht gezogen, erklärte US-Außenminister Mike Pompeo am Dienstag in Brüssel.

„Wir hoffen, dass Russland die ukrainischen Seeleute, die es heute festhält, sofort freilassen wird. Wir werden eine kollektive Antwort vorbereiten, die zeigen wird, dass das Verhalten Russlands inakzeptabel ist“, so Pompeo.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Vorfall in der Straße von Kertsch als Provokation bezeichnet und darauf verwiesen, dass sich unter den ukrainischen Seeleuten zwei Beamte des ukrainischen Sicherheitsdienstes SBU befunden und eine Spezialoperation durchgeführt haben sollen.

Putin betonte, dass der russische Grenzschutz seine Funktionen zum Schutz der Staatsgrenze wahrgenommen hätte.

Ihm zufolge steht die Provokation im Schwarzen Meer im Zusammenhang mit den niedrigen Zustimmungswerten des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, teilte mit, dass die russische Seite während des Vorfalls in der Straße von Kertsch gemäß dem internationalen und inneren Recht gehandelt habe.

Es habe sich dabei um eine Reaktion auf das Eindringen von ausländischen Kriegsschiffen in die territorialen Gewässer Russlands gehandelt, so Peskow.

Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 24-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt. Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wurden 50 Kilometer abseits der gewöhnlichen Durchfahrt-Route der Krim-Brücke und nur 20 Kilometer von der russischen Küste entfernt gestoppt....

de.sputniknews.com: **INF-Vertrag: Moskau reagiert auf US-Ultimatum**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die Äußerungen von US-Außenminister Mike Pompeo und von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Bezug auf die angebliche Nichteinhaltung des INF-Vertrages durch Russland kommentiert.

Moskau halte sich strikt an die Vorschriften des INF-Vertrags, „und die US-Seite weiß darüber Bescheid“, sagte Sacharowa.

Zuvor hatte Pompeo geäußert, sollte Russland im Laufe von 60 Tagen nicht die Einhaltung des INF-Vertrages wiederaufnehmen, würden die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen zu dem Abkommen aussetzen. Stoltenberg gab bekannt, die Nato werde sich auf die Kündigung des Vertrages vorbereiten, falls Russland die Forderungen der USA nicht erfüllen werde.

Auch der Vizechef des Außenausschusses des russischen Oberhauses Wladimir Dschabarow kommentierte das von den USA gestellte Ultimatum: „Wir haben den USA bereits alle Unterlagen übergeben, die davon zeugen, dass wir keinen Nagelbreit von dem Vertrag abgewichen sind“, sagte er.

Die USA werfen Russland derartige Verstöße vor, um ihren einseitigen Ausstieg aus dem INF-Vertrag „in den Augen der ganzen Welt“ zu rechtfertigen: „Ich glaube, sie spielen diese Rolle, um Russland im Endergebnis für alles verantwortlich zu machen“, betonte Dschabarow.

vormittags:

de.sputniknews.com: **INF-Streit: China antwortet entschieden auf Ersuchen der USA**

Im Streit um den angekündigten Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem INF-Vertrag über landgestützte Mittelstreckenraketen mit Russland hat sich China nun ganz eindeutig geäußert: Peking will dem Vertrag nicht beitreten.

„Der INF-Vertrag ist ein bilaterales Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion. Die chinesische Seite ist dagegen, dass der Vertrag multilateral wird“, ließ der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Geng Shuang, am Mittwoch auf einer Pressekonferenz wissen.

Zuvor hatte US-Staatschef Donald Trump erklärt, dass die Vereinigten Staaten den 1987 geschlossenen Pakt kündigen wollten. Als Grund nannte er den angeblichen Kontraktbruch durch Russland. Washington wies zudem darauf hin, dass viele längst über nukleare Mittelstreckenraketen verfügende Staaten, darunter China, keine Mitglieder der Vereinbarung seien und rief Peking zum Vertragsbeitritt auf.

lug-info.com: **Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Frunse, Kalinowo, Donezkij, Shelobok und die Umgebung des Denkmals des Fürsten Igor bei Staniza Luganskaja.**

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Kriegsrecht als Schirm: Kiew verlegt Offensivkomponenten in Donbass – Sacharowa**

Die Verhängung des Kriegsrechts durch Kiew ist laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa ein Schirm, hinter dem sich ein Plan zur Organisation einer erneuten Provokation im Donbass versteckt. Unter anderem verwies sie auf

Informationen über Kiew's Verlegung von Offensivkomponenten in den Donbass.

„Das Kriegerrecht ist ein Schirm, hinter dem das Regime des (ukrainischen Präsidenten Petro) Poroschenko deutlich versucht, das Vorhaben, eine erneute Provokation im Donbass zu organisieren, zu verheimlichen. Dabei wird dies erneut – so vermuten wir – als ein offenkundiger Beweis für die sogenannte ‚russische Aggression‘ dargestellt“, sagte Sacharowa.

Darüber hinaus verlautbarte sie, dass in den letzten Tagen immer öfter Informationen auftauchen würden, denen zufolge die ukrainischen Streitkräfte eine mögliche militärische Aktion im Donbass vorbereiten könnten.

„Wenn das Kiewer Regime versucht, die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf ihre eigene Provokation in der Straße von Kertsch zu lenken, die als irgendein aggressives Vorgehen Russlands präsentiert wird, werden im Lärm-Informationsschleier wesentliche Offensivkomponenten in die Region verlegt, die danach entlang der ganzen Berührungslinie stationiert sein werden“, fügte die Sprecherin des russischen Außenministeriums hinzu. Darüber hinaus verwies Sacharowa darauf, dass die Provokationen unterschiedliche Niveaus und Maßstäbe aufweisen sowie eventuell chemische Giftstoffe zum Einsatz kommen könnten. „Dieses Vorgehen könnte zu Opfern unter Zivilisten führen und nicht nur das Minsker Abkommen verletzen, sondern auch die internationalen Vereinbarungen über das Verbot und die Begrenzung von Massenvernichtungswaffen.“

Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 24-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt. Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wurden 50 Kilometer abseits der gewöhnlichen Durchfahrt-Route der Krim-Brücke und nur 20 Kilometer von der russischen Küste entfernt gestoppt....

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 04. Dezember 3:00 Uhr bis 05. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 22.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sazjewo, Dolomitnoje, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Wasiljewka, Spartak, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Sachaka.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 94.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 193.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **So wird Moskau auf INF-Kündigung reagieren – russischer**

Generalstab

Im Fall der Kündigung des INF-Vertrags zum Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen wird Russland die Länder, die US-Raketen auf ihrem Territorium stationieren, als Ziel seiner Antwortmaßnahmen betrachten. Das erklärte am Mittwoch der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow.

„Als Militärfachleute sollten Sie verstehen, dass nicht das Territorium der Vereinigten Staaten, sondern die Länder, die die US-Systeme mit Mittel- und Kurzstreckenraketen auf eigenem Boden stationieren, das Ziel russischer Antwortmaßnahmen sein werden“, sagte Gerassimow. Zudem betonte er, dass sich Washington unter anderem nicht an Bestimmungen des Start-3-Vertrags zur Reduzierung Strategischer Offensivwaffen halten wolle. Somit könnten die USA die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe so schnell wie möglich um mehr als 1200 Stück erhöhen. Russland habe hingegen alle seine Verpflichtungen erfüllt. Wie Gerassimow hinzufügte, hoffe Moskau, dass die amerikanische Seite konstruktiv an das Problem herangehen und den Dialog über die Erneuerung des Start-3-Vertrags wieder aufnehmen werde.

Zur Situation um den INF-Vertrag äußerte sich auch der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Er sagte wie folgt: „(...) Wir haben Erklärungen unterschiedlicher Seiten gesehen, wir haben eine Erklärung der Nato, des Nordatlantikpaktes, gesehen. Zweifellos geht es, sozusagen, um die Verschärfung der Situation; es geht in vieler Hinsicht um die Manipulation der Fakten, um mit diesen Fakten wahre Ziele zum Austritt aus dem INF-Vertrag durch die USA zu tarnen.“ In Bezug auf die erhöhte Präsenz der Nato nahe der russischen Grenze bemerkte Gerassimow, dass Russland alle Antwortmaßnahmen zur Gewährleistung seiner Sicherheit ergreife. „Als Reaktion auf die angeblich wachsende Bedrohung aus Russland nimmt die Militärpräsenz der Nato an unseren Grenzen zu. In den osteuropäischen Ländern wird die Anzahl der Einheiten der hochrangigen Einsatzkräfte immer größer, es werden Anti-Raketenabwehrelemente gebaut, Flugplätze werden vorbereitet, die Logistik des grenzüberschreitenden militärischen Transports wird verbessert (...). Unter diesen Bedingungen ergreifen wir alle erforderlichen Maßnahmen, um die militärische Sicherheit des Staates zu gewährleisten“, so der General....



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32318/44/323184476.jpg>

de.sputniknews.com: **Der Aufklärungstätigkeit verdächtigt: Slowakei weist russischen Diplomaten aus**

Die Slowakei hat einen russischen Diplomaten ausgewiesen, der in eine Spionagetätigkeit verwickelt gewesen sein soll. Dies sagte der slowakische Premierminister Peter Pellegrini. Im Rahmen der Regierungssitzung teilte Pellegrini mit, dass am 22. November ein russischer

Diplomat ausgewiesen worden sei und innerhalb von 48 Stunden die Slowakei verlassen habe. Laut einem Sprecher der russischen Botschaft in der Slowakei wird nun die entsprechende Information studiert.

Der russische Abgeordnete kommentierte die entstandene Situation:

„Die Antwort ist in solchen Situationen immer ein Spiegel. Ich bezweifle, dass unser Außenministerium solchen Vorwürfen zustimmen wird...“

Auch der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Wladimir Dschabarow, nahm Stellung dazu: „Russland wird spiegelbildlich auf das Vorgehen der Slowakei antworten. Es gab keinen Fall, bei dem Russland nicht auf ähnlich unfreundliche Handlungen reagiert hat.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32318/43/323184335.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 05. Dezember 2018

In den letzten 24 Stunden wurden **22 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners registriert, der die Gebiete von **elf Ortschaften** der Republik beschoss. In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Sajzewo, Dolomitnoje** und das **Gebiet des Gagarin-Bergwerks** beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. Mechanisierten Brigade unter Kommando des Henkers Martschenko und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Mischantschuk aus die Gebiete von **Spartak, Jasinowataja, Wasiljewka, Krutaja Balka, Alexandrowka**, das **Gelände des Flughafens** und der **Stadtteil Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Kuratsch **Sachanka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Nach uns vorliegenden Informationen hat gestern im Verantwortungsbereich der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Kommission des Stabes der Besatzungstruppen unter Leitung des Kriegsverbrechers Najew gearbeitet.

Während einer geschlossenen Sitzung wurden Fragen der Bereitschaft der Brigade zur Führung von aktiven Kriegshandlungen erörtert. Gleichzeitig damit wurden Probleme der materiell-technischen Versorgung der Kämpfer im Licht Mangels an Lebensmitteln, der zuvor in der 57. Brigade entdeckt wurde, erörtert.

Es ist bemerkenswert, dass bezüglich des Mangels an Lebensmitteln bei den Kämpfern der 57. Brigade eine Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ bereits eine Untersuchung durchführt, aber nicht in Bezug auf den rückwärtigen Dienst, sondern in Bezug auf die Kommandeure der Einheiten, die eine Veröffentlichung von Einzelheiten der Ermittlung in Massenmedien zugelassen haben.

Außerdem arbeitet derzeit eine Kommission des Stabes der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in der 28. Brigade und führt eine Ermittlung zu Fällen von Verlust und Unterschlagung von Waffen und Munition durch, die zuvor von Mitarbeitern des SBU und der Militärstaatsanwaltschaft entdeckt worden waren.

Nach unseren Informationen haben sich **in der letzten Zeit die Konflikte zwischen Najew und dem Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Mojsjuk verstärkt.** Wie aus der Umgebung des Kommandeurs der Besatzungskräfte bekannt wurde, ist Najew in der letzten Zeit mit der Arbeit seines „Protegés“ Mojsjuk in der neuen Funktion sehr unzufrieden und gibt ihm nur ein einziges Mittel zur Rehabilitation – sich bei der bevorstehenden Aktivierung der Kampfhandlungen im Süden als talentierter Kommandeur zu erweisen. Andernfalls wird Mojsjuk nach Aussage von Najew mit Schmach aus der Besatzungszone abgezogen oder einfach entlassen werden.

Es muss angemerkt werden, dass die ukrainischen Kämpfer sogar ohne eine Aktivierung an der Front aufgrund schlechter Ausbildung und Inkompetenz ihrer Kommandeure Verluste erleiden.

So haben am 1. Dezember 3 Kämpfer aus der 2. Kompanie des 15. Bataillons der 58. Brigade, die Positionen in Richtung Gorlowka einnehmen, während eines Experiments zum Umbau einer Granate für einen automatischen Granatwerfer AGS-17 zu Munition für eine Kampfdrohne eine Detonation zugelassen, in deren Folge die drei schlechten Meister jetzt in ernstem Zustand im Krankenhaus sind.

Zu diesem Zeitpunkt starb ein weiterer Kämpfer aus der benachbarten 57. Brigade bei einem Feuer in einem Zelt, als er versuchte einen Ofen anzuheizen, der aus Behelfsmitteln zusammengebaut war.

Mit der Einführung des Kriegszustands in 10 Regionen der Ukraine wurde in den Truppen der Besatzer die Arbeit zur Verstärkung des Hasses der Kämpfer gegen die Einwohner der unabhängigen Republiken sowie gegen das russische Volk aktiviert. Dazu wurde begonnen, in den Truppenteilen zwangsweise Museen, gefälschte Beweise einer militärischen Aggression von Seiten der Russischen Föderation zu schaffen. Diese Arbeit wird unter Führung des Leiters der Hauptabteilung für moralisch-psychologische Versorgung des Generalstabs der Ukraine durchgeführt.

Dabei nimmt die Mehrheit der Kämpfer die Neuerung nicht an und macht sich über den Versuch ihres Kommandos lustig, es dem Oligarchen Poroschenko, der sich bemüht unter der ukrainischen Bevölkerung vor den Wahlen Popularität zu erlangen, recht zu machen.

de.sputniknews.com: **Im Falle von US-Austritt aus INF-Vertrag: Putin kündigt Reaktion an**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine Reaktion seines Landes im Fall der Aufkündigung des INF-Vertrages zum Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen durch die USA angekündigt.

Russland sei dagegen, den INF-Vertrag zu „zerstören“, jedoch sei eine Reaktion auf den US-Austritt nötig, erklärte Putin am Mittwoch. Er betonte, Washington hätte sich lange vor der offiziellen Ankündigung entschlossen, sich aus dem Abkommen zurückzuziehen.

Die Entscheidung sei vor langer Zeit getroffen worden, es habe aber zunächst keine Bekanntgabe gegeben. Washington habe vermutet, Moskau werde das nicht bemerken, so der Präsident. Die Schuld sei Russland zugeschoben worden, obwohl sich der Kreml gegen die „Zerstörung“ des Vertrags ausgesprochen hätte.

US-Außenminister Mike Pompeo hatte am Dienstag in Brüssel die Absicht der Vereinigten Staaten bekanntgegeben, in einer Zeitperiode von 60 Tagen keine im INF-Vertrag vorgesehenen Raketen zu produzieren oder zu stationieren.

Die USA hätten Russland bereits aufgefordert, die Einhaltung des INF-Vertrags wiederaufzunehmen.

Putin merkte diesbezüglich an, die amerikanische Seite habe bislang keine Beweise für eine angebliche Verletzung des INF-Vertrags durch Russland vorgelegt. „Als Hauptgründung heißt es, dass wir gegen etwas verstoßen. Zugleich werden wie immer keine Beweise für Verstöße vorgelegt“, betonte er.

Sollten die USA daran festhalten, die Waffen, die laut dem Vertrag von 1987 verboten seien, trotz alledem produzieren zu wollen, würde Russland das Gleiche tun.

Putin erinnerte anschließend daran, dass sich die USA 2002 im Alleingang aus dem ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen hätten. Mit dem INF-Vertrag zeichne sich inzwischen eine ähnliche Situation ab.

Der INF-Vertrag war 1987 von der Sowjetunion und den USA unterzeichnet worden und 1988 in Kraft getreten. Mit dem Vertrag hatten sich die Parteien verpflichtet, alle Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (von 500 bis 5500 Kilometer) zu vernichten.

In den letzten Jahren hatten Moskau und Washington einander mehrmals vorgeworfen, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen.

Moskau verwies unter anderem darauf, dass die USA in Rumänien und in Polen Anlagen stationieren, mit denen Marschflugkörper des Typs Tomahawk gestartet werden können. Zudem machte Russland darauf aufmerksam, dass die USA Kampfdrohnen entwickeln und Forschungsarbeiten zur Entwicklung von bodengestützten Marschflugkörpern finanzieren.

Dnr-online.ru: 85 junge Schüler der republikanischen Bildungseinrichtung „Schule Nr. 4 – Kadettenkorps A. W. Sachartschenko“ haben heute, am 5. Dezember, zum ersten Mal in ihrem Leben das Gelöbnis des Kadetten abgelegt. Sie gelobten gute und strebsame Schüler zu sein, die Ehre ihres Kadettenkorps zu wahren und das Andenken des ersten Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko zu ehren.

„Vor allem will ich der neuen Generation von Kadetten zu diesem hohen Rang gratulieren. In dieser Schule lernte Alexandr Sachartschenko, er wuchs hier auf Donezker Land auf und gab sein Leben dafür, dass dieses Land immer frei sein wird. Dafür, dass wir unser Schicksal selbst bestimmen können. Und seine Sache, seine Schule, die ihr besucht, wird immer würdig sein, seinen Namen zu tragen“, begrüßte der stellvertretenden Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Andrej Udowenko die Kadetten.

„Heute haben wir die einträchtige Familie der Kadetten vergrößert. Und ich hoffe, dass ihr mit Ehre und Würde diesen Titel tragen werdet. Kadetten – das sind wohl erzogene, kultivierte und gebildete Menschen. Eure Aufgabe ist es, euer Wissen zu zeigen, gut zu lernen und würdig zu sein, die Sache Alexandr Sachartschenkos fortzusetzen“, sagte die Abgeordnete des Volksowjets der DVR Alla Obolenskaja.



https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/12/IMG_2358-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: **Syrien: Unterirdisches Terroristen-Lager mit Munition und Waffen entdeckt**

Die syrischen Sicherheitskräfte haben vergrabene Waffen- und Munitionsvorräte von Terroristen in Landwirtschaftsfeldern der Provinz Deraa im Süden des Landes gefunden, wie ein Sputnik-Reporter vor Ort mitteilte.

Im Lager befanden sich Artilleriekanonen, Raketenstartanlagen, Aufklärungsfluggeräte, Sturmgewehre und unterschiedliche Munition.

Laut dem Reporter wurde das Lager während der Arbeiten der Minenräumer entdeckt, die derzeit das ganze von Terroristen befreite Territorium durchkämmen. Städte und Ortschaften wurden ihm zufolge als erste geprüft, und nun werden die Territorien der entfernten Felder und schwer zugänglichen Bezirke entschärft.

Im letzten Monat wurden laut den syrischen Sicherheitskräften in Syrien regelmäßig Lager mit Waffen unterschiedlicher Terrorgruppen entdeckt. Fast immer sind dabei amerikanische TOW-Raketen, unterschiedliche Maschinengewehre, reaktive Panzerbüchsen, Quadrocopter und Satellitenkommunikationsmittel zu finden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32318/69/323186939.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR
Oberleutnant Ja. A. Osadtschij**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **sechsmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl der Kommandeure der Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Schwedjuk, der 10. Subanitsch und der 72. Tatus, wurden die Gebiete von **Shelobok, Weselogorowka, Kalinowo, Logwinowo, Smeloje** und das **Gebiet des Denkmals des Fürsten Igor** beschossen.

Dabei wurden 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik etwa 100 Geschosse abgefeuert. Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Am 3. Dezember ist im Stab der OOS eine **Gruppe NATO-Soldaten unter Leitung eines US-Offiziers eingetroffen**. Während einer Besprechung mit der Führung der OOS und der Nationalgarde der Ukraine wurden Fragen der Zusammenarbeit der Einheiten im Fall eines Beginns aktiver Kriegshandlungen besprochen. Außerdem wurde die Frage der Durchführung von Übungen in der Nähe der Kontaktlinie unter Heranziehung ausländischer Instrukteure behandelt. Nach unseren Informationen ist die Ankunft der Instrukteure für die zweite Hälfte des Dezembers geplant.

Außerdem **verstärken die ukrainischen Truppen weiter ihre Gruppierung in Richtung Lugansk**.

Am 3. Dezember ist eine taktische Bataillonsgruppe aus dem Bestand der 81.

Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte in einer Stärke von 150 Mann und etwa 15 Schützenpanzern eingetroffen, die dem Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ für die Zeit des Kriegszustands zu Verfügung steht. Im Zusammenhang mit dem Fehlen von Wohnraum hat das Kommando der Einheit entscheiden, das Personal auf dem Territorium des Kulturhauses von Lissitschansk unterzubringen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verwendet weiter aktiv **Drohnen, sowohl zur Leitung des Artilleriefeuers auf die Positionen der Volksmiliz der LVR als auch für die Durchführung von Diversionen** auf dem Territorium der Republik. Gestern um 12:15 Uhr hat das Personal eines Luftbeobachtungspostens der Volksmiliz der LVR eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte mit einem speziellen Container, indem sich eine Granate BOG-17 befand, abgeschossen.

Die todbringende Drohne flog aus Richtung Stschastje in Richtung Lugansk. Es ist auch bemerkenswert, dass der Vorfall während der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk erfolgte. Derzeit untersuchen Spezialisten die Aufzeichnungen der Drohne.

Ich stelle Ihnen Fragmente der Drohne vor, mit deren Hilfe die Kämpfer unter Führung des Kriegsverbrechers Schwedjuk planten einen Terrorakt durchzuführen.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihre Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen zur militärischen Ausbildung durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression von der ukrainischen Seite standhalten zu können.

de.sputniknews.com: **„Verrückter Arzt“: Russlands Außenamt zu US-Aussagen über Vorfall in Kertsch**

Die Pressesprecherin des russischen Außenamts, Maria Sacharowa, hat die jüngsten Bedrohungen eines US-Beamten gegenüber Russland scharf kritisiert und mit der Rhetorik eines „verrückten Arztes“ verglichen.

Zuvor hatte ein ungenannter Beamter des US-Außenministeriums und angeblicher Mitvorsitzender der Partnerschaftskommission US-Ukraine Russland mit „Konsequenzen und Schmerzen“ gedroht, falls Moskau die nach dem Kertsch-Vorfall festgenommenen ukrainischen Seeleute nicht freilässt.

„Alle Aussagen dieser Art, und es kommen viele davon aus Washington, sind der Rhetorik eines verrückten Arztes ähnlich. So etwa ein böser Chirurg: Konsequenzen, Schmerzen. Aktionen, die nicht auf die Verbesserung sondern auf die Verschlechterung abzielen“, sagte Sacharowa beim Pressebriefing.

Dem fügte sie hinzu, sie würde das Vorgehen Washingtons als ein „Drehbuch für einen Horrorfilm“ bezeichnen.

Die russische Küstenwache hatte am 25. November drei ukrainische Schiffe aufgebracht und die 24-köpfige Besatzung, darunter mindestens zwei Geheimdienstler, festgesetzt. Die Schiffe, die Waffen an Bord hatten, wollten ins Asowsche Meer fahren, ohne dass die Durchfahrt zuvor beim russischen Grenzschutz angemeldet worden war. Die Schiffe mit abgeschalteten Transpondern drangen unerlaubt in das russische Territorialgebiet ein und reagierten nicht auf Warnungen der russischen Seite, dass sie die Staatsgrenze verletzt hätten. Moskau bezeichnete dies als einen Verstoß gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen sowie gegen bilaterale Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32094/02/320940267.jpg>

Ukrinform.ua: **eBay zieht aus dem Verkauf Waren der Terrororganisationen „DNR/LNR“**

Die ukrainische Botschaft in den Vereinigten Staaten hat von dem US-amerikanischen Unternehmen eBay eine offizielle Antwort auf die Anforderung, die Waren mit dem Logo der Terrororganisationen „DNR/LNR“ (selbsterklärte „Volksrepubliken Donezk – DNR und Luhansk LNR“ – Red.) aus dem Handel zu ziehen, gegen die Sanktionen der EU und der Vereinigten Staaten verhängt sind, erhalten.

Dies entnimmt man der Meldung der diplomatischen Vertretung auf der offiziellen Seite auf Facebook.

„Nach Ergebnissen der Anforderung des Botschafters der Ukraine in den Vereinigten Staaten, Walerij Tschalyj, an die Führung des Unternehmens eBay Inc., von der Webseite ebay.com Produkte mit dem Logo der terroristischen Organisationen „DNR“ und „LNR“ zu entfernen, hat die Botschaft eine offizielle Antwort erhalten, in der klar steht, dass das Unternehmen die notwendigen Maßnahmen ergreifen und die erwähnten Produkte von seiner Webseite entfernen wird“, berichtete die ukrainische Botschaft.

Die zwei illegale Formationen in den Regionen Donezk und Luhansk stehen auf der Sanktionsliste der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, erinnert die Botschaft, und die Einnahmen aus dem Verkauf von angegebenen Waren „können für ihre finanzielle

Unterstützung genutzt werden“.

Die gleichen Maßnahmen erwartet die ukrainische Seite von Amazon Inc.

de.sputniknews.com: **So will die Eurokommission „Desinformation“ vor EU-Wahlen bekämpfen**

Die Eurokommission hat am Mittwoch den offiziellen Plan zur Bekämpfung von Desinformation vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019 vorgelegt. Unter anderem sieht es die Schaffung eines Alarmsystems zur schnelleren Erkennung von Desinformation, eine verbesserte Überwachung von Online-Plattformen und politischer Werbung sowie die Bewusstseinsbildung der Bürger vor.

„Zum Schutz ihrer demokratischen Systeme und öffentlichen Debatten sowie im Hinblick auf die Europawahlen 2019 und eine Reihe von nationalen und lokalen Wahlen, die in den Mitgliedstaaten bis 2020 abgehalten werden, legt die EU heute einen Aktionsplan vor, um die Bekämpfung von Desinformation innerhalb und außerhalb Europas zu verstärken“, heißt es in der Pressemeldung.

Mit einem projizierten Kommunikationsetat des Europäischen Auswärtigen Dienstes in einer Höhe von fünf Millionen Euro für 2019 werden die Ausgaben für den Plan verdoppelt.

„Wir haben Versuche gesehen, in Wahlen und Referenden einzugreifen, wobei Beweise auf Russland als Hauptquelle dieser Kampagnen hindeuten. Um diesen Bedrohungen zu begegnen schlagen wir vor, die Koordinierung mit den Mitgliedstaaten durch ein Schnellwarnsystem zu verbessern, unsere Teams zu verstärken und Desinformation zu enttarnen“, so Andrus Ansip, Vizepräsident der Kommission.

Ukrinform.ua: **Poroschenko erwartet von Europa konkrete Handlungen wegen russischer Aggression**

Die Ukraine erwarte von den westlichen Partnern konkrete Maßnahmen wegen der Aggression Russlands an der Straße von Kertsch und möchte auch NATO-Schiffe in das Asowsche Meer einladen, sagte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko in einem Interview mit Bloomberg.

„Ich möchte allen Spitzenpolitikern der Welt für die Unterstützung in dieser schwierigen Zeit der russischen Aggression danken. Die Erklärungen der USA, der G7, der Europäischen Union, unserer anderen Verbündeten, verschiedene harte Aussagen sind zweifellos eine starke Unterstützung für die Ukraine. Aber in dieser Situation, denke ich, während westliche Partner harte Erklärungen abgeben, handelt Putin“, sagte er auf die Frage des Journalisten, ob er mit der Reaktion der westlichen Länder auf den Vorfall an der Kertsch-Straße zufrieden sei. Er fügte hinzu, dass die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft, die als Reaktion auf die russische Aggression folgen könnten, Sanktionen und die Erhöhung der Präsenz der NATO-Truppen im Schwarzen und Azowschen Meer einschließen könnten, um die Stabilität in der Region zu erhalten.

„In dieser Situation müssen wir natürlich mehr koordinieren, um handeln zu können. Handeln bedeutet nicht, einen Krieg zu beginnen... Handeln bedeutet ein neues Paket von Sanktionen gegen Russland, möglicherweise unter dem Namen „Asow-Sanktionen“, eine bedingungslose Erhöhung der Präsenz der NATO am Schwarzen Meer, und möglicherweise am Asowschen Meer. Wir würden uns freuen, NATO-Schiffe einzuladen, um die Stabilität zu erhalten“, sagte er.

In Bezug auf die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine hat Poroschenko betont, dass sie nicht verlegt werden, da dies Putin in die Hände arbeiten würde.

„Wenn wir die Präsidentschaftswahlen verschieben würden, würde es in dieser Situation nur einen Gewinner geben, und der Name dieses Gewinners wäre Putin. Wir werden ihm diese Chance nicht geben“, betonte der ukrainische Staatsoberhaupt.

Auf die Frage des Journalisten über die Auswirkungen des Vorfalles an der Straße von Kertsch auf die ukrainische Wirtschaft oder die Investitionsbereitschaft der Investoren sagte Poroschenko: „Meine Antwort ist definitiv nein. Erstens, weil wir die Rechte von niemandem einschränken, einschließlich der wirtschaftlichen Subjekte. Wir haben ein stabiles Bankensystem und einen stabilen Wechselkurs“, versicherte er.

de.sputniknews.com: **Russischer Flottenchef warnt vor neuen Konflikten in Arktis durch Nato**

Die steigende Nato-Präsenz in der Arktis verschärft laut dem Befehlshaber der russischen Nordflotte, Nikola Jewmenow, das Konfliktrisiko in der Region.

„In nächster Zeit ist eine weitere Erhöhung der Militärpräsenz der Nato-Streitkräfte in der Arktis und als Folge eine Zunahme des Konfliktpotenzials zu erwarten“, sagte Jewmenow beim internationalen Forum „Arktis: Gegenwart und Zukunft“ in St. Petersburg.

Wie Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg zuvor erklärt hatte, reagiere die Allianz mit der Verstärkung ihrer Präsenz im Norden darauf, was man vonseiten Russlands gesehen habe. Dabei gehe es aber nicht um eine spiegelgleiche Antwort „mit U-Boot auf U-Boot“.

Lug-info.com: Das Organisationskomitee hat den zuvor angekündigten Wettbewerb „Die beste wissenschaftliche Arbeit über den Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945 im Lugansker Gebiet“ wegen der Einführung des Kriegszustands in der Ukraine und der Gefahr für das Leben potentieller Teilnehmer aus dem von Kiew kontrollierten Territorium abgesagt. Dies teilte das Ministerium für Kultur, Sport und Jugend der LVR mit.

Der Wettbewerb sollte im Rahmen des humanitären Programms für die Wiedervereinigung des Volkes des Donbass stattfinden. Seine Organisatoren waren das Lugansker heimatkundliche Museum mit Unterstützung des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport der LVR.

„Die Einwohner aus den von der Ukraine kontrollierten Bezirken des Lugansker Gebietes fürchten um ihr Leben und wollen daher nicht an dem Wettbewerb teilnehmen“, heißt es in der Mitteilung.

Das Organisationskomitee merkte an, dass es nicht möglich ist, den Wettbewerb unter den derzeitigen Bedingungen durchzuführen, deshalb wurde die Veranstaltung abgesagt.

„Aufgrund der Einführung des Kriegszustands in der Ukraine für 30 Tage werden die Teilnehmer nicht nach Lugansk kommen können, um ihre Arbeiten persönlich vorzustellen. Deshalb wurde die schwierige Entscheidung getroffen, den Wettbewerb abzusagen, trotz der nicht geringen Zahl von Personen, die teilnehmen wollten, und guten Arbeiten“, erklärte das Ministerium.

Zuvor hatte die Behörde mitgeteilt, dass das Organisationskomitee des offenen republikanischen Wettbewerbs bis zum 30. November 15 Anmeldungen von Einwohnern der LVR und der von Kiew kontrollierten Territorien erhalten hatte.

de.sputniknews.com: **Washingtons INF-Ultimatum an Moskau: „Sie dachten, wir werden das nicht bemerken“**

Die USA haben Russland ein Ultimatum wegen der angeblichen Nichteinhaltung des INF-Vertrages gestellt. Der russische Präsident Wladimir Putin merkte diesbezüglich an, die amerikanische Seite habe bislang keine Beweise für eine angebliche Vertragsverletzung durch Russland vorgelegt.

Putin wies darauf hin, dass Washington die Entscheidung vor langer Zeit „leise“ getroffen habe. „Sie haben gedacht, dass wir das nicht bemerken. Im Haushalt des Pentagons ist ja die Entwicklung dieser Raketen bereits eingetragen, erst danach haben sie ihren Ausstieg aus dem Vertrag öffentlich bekanntgegeben“, sagte der Präsident.

Die Schuld sei Russland zugeschoben worden, obwohl sich der Kreml gegen die „Zerstörung“ des Vertrags ausgesprochen hätte. Sollten die USA daran festhalten, die Waffen, die laut dem Vertrag von 1987 verboten seien, trotz alledem produzieren zu wollen, würde Russland das Gleiche tun.

US-Außenminister Mike Pompeo hatte am Dienstag in Brüssel die Absicht der Vereinigten Staaten bekanntgegeben, in einer Zeitperiode von 60 Tagen keine im INF-Vertrag vorgesehenen Raketen zu produzieren oder zu stationieren.

Am 20. Oktober hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) angekündigt. Die USA würden den Vertrag verlassen, weil Russland ihn verletze, so Trump.

Der INF-Vertrag war 1987 von der Sowjetunion und den USA unterzeichnet worden und 1988 in Kraft getreten. Mit dem Vertrag hatten sich die Parteien verpflichtet, alle Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite (von 500 bis 5500 Kilometer) zu vernichten.

In den letzten Jahren hatten Moskau und Washington einander mehrmals vorgeworfen, gegen den INF-Vertrag zu verstoßen.

Moskau verwies unter anderem darauf, dass die USA in Rumänien und in Polen Anlagen stationieren, mit denen Marschflugkörper des Typs Tomahawk gestartet werden können. Zudem machte Russland darauf aufmerksam, dass die USA Kampfdrohnen entwickeln und Forschungsarbeiten zur Entwicklung von bodengestützten Marschflugkörpern finanzieren.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32318/85/323188557.jpg>

de.sputniknews.com: **Dollar unter Druck: Immer mehr Länder kehren US-Währung den Rücken**

Die EU-Kommission hat ein Paket von Maßnahmen zur intensiveren Verwendung des Euros entwickelt. Unter anderem geht es um ein solch wichtiges Gebiet wie den Handel mit Rohstoffen und Energieträgern.

Dabei verfolgt Brüssel vor allem das Ziel, die Rolle des Dollars in der Energiewirtschaft zu reduzieren, insbesondere im Handel mit dem Iran, gegen den Washington seine Sanktionen verhängt hat.

Das ist Krieg

Aktuell ist die Situation so, dass für die Teilnehmer der internationalen Handelsbeziehungen, die als Zahlungsmittel die US-Währung verwenden, automatisch US-Gesetze gelten. Wenn Washington Sanktionen verhängt, müssen sich die Marktteilnehmer entscheiden: entweder die

Kontakte mit dem Land, gegen das eventuell Sanktionen eingeführt werden, zu stoppen oder aus dem globalen Finanzsystem quasi ausgeschlossen zu werden.

Solange sich die Amerikaner um gute Beziehungen mit ihren traditionellen Verbündeten bemühten, funktionierte dieses System durchaus effizient. Als aber US-Präsident Donald Trump gegen viele Länder Handelskriege auslöste, hat sich die Situation grundlegend verändert.

„Die Vereinigten Staaten führen gerade einen Wirtschaftskrieg gegen etwa zehn Prozent aller Länder der Welt, wo etwa zwei Milliarden Menschen leben und deren BIP insgesamt mehr als 15 Billionen Dollar beträgt“, sagte der Exekutivdirektor des amerikanischen Institute for the Analysis of Global Security (IAGS), Gal Luft. „Außerdem wurden Tausende Menschen aus verschiedenen Ländern auf die vom US-Finanzministerium erstellte Liste von Personen gesetzt, die kein Recht auf die Nutzung des globalen Finanzsystems haben, das von den USA verwaltet wird.“

Mit Washingtons jüngsten Aktivitäten im Handelsbereich seien so viele Länder unzufrieden, dass sie in der Lage wären, alle zusammen ein paralleles Finanzsystem zu bilden, das für die USA nicht zu erreichen wäre, warnte der IAGS-Chef.

Ein deutliches Beispiel ist in diesem Sinne Russland. Vizepremier Juri Borissow erklärte vor etwa einem Monat, dass Moskau seine Raketenabwehrsysteme S-400 „Triumph“ für Rubel an Indien verkaufen würde. Der Vertrag würde sich nach seinen Worten auf 331 Milliarden Rubel belaufen. Auch mit der Türkei konnte sich Russland auf einen Dollar-freien Handel einigen – nachdem Washington gegen Ankara Sanktionen verhängt hatte.

Auch russische Großkonzerne wie Surgutneft, Gazpromneft und Severstal haben ihre ausländischen Kontrahenten aufgerufen, für Euro statt Dollar zu handeln.

Auch vom Wertpapiermarkt wird die US-Währung allmählich verdrängt: Russische Unternehmen haben im November drei große Pakete von Eurobonds über eine Summe veräußert, die 1,6 Milliarden Dollar entsprechen würde. Gazprom brachte seine Wertpapiere in Euro und Rushydro in Yuan und Rubel auf den Markt.

Und am 27. November berichtete das russische Finanzministerium über die erfolgreiche Veräußerung von Staatsanleihen, umgerechnet für eine Milliarde Euro.

„Wir haben kein Ziel, vom Dollar wegzugehen – der Dollar geht von uns selbst weg“, sagte der russische Präsident Wladimir Putin Ende November. „Und wer entsprechende Beschlüsse fasst, schießt sich sogar nicht in das eigene Bein, sondern noch etwas höher, denn eine solche Instabilität bei Abrechnungen in Dollar bringt sehr viele Wirtschaften der Welt auf die Idee, nach alternativen Reservewährungen zu suchen und Abrechnungssysteme zu bilden, die vom Dollar unabhängig wären.“

Der Kreml-Chef präzisierte, dass Moskau mit seinen wichtigsten Handelspartnern Indien an der Entwicklung von internationalen Zahlungssystemen intensiv zusammenarbeite, die vom SWIFT-System unabhängig wären.

Nicht nur Russland

Auch China nutzt seine Initiative „Ein Gürtel – ein Weg“ als Instrument, um verschiedene Länder zum Handel in Yuan statt Dollar zu stimulieren.

Auf den US-Dollar (zugunsten des Yuans) haben vor Kurzem Pakistan und der Iran verzichtet. Zudem einigten sich die beiden auf gegenseitigen Handel in ihren nationalen Währungen.

Jetzt scheint auch die EU sich diesem Lager anzuschließen. In erster Linie wollen die Europäer mit Energieträgern und Rohstoffen in Euro handeln. Das berichtete die „Financial Times“ unter Berufung auf den Entwurf eines Dokuments, das von der EU-Kommission entwickelt wurde und den EU-Spitzenpolitikern auf dem bevorstehenden Gipfel vorgelegt wird.

Aktuell bezahlt die Europäische Union mehr als 80 Prozent aller importierten Energieressourcen in Dollar. Laut dem erwähnten Dokument sollten die EU-Länder garantieren, dass Verträge, die „im Rahmen von zwischenstaatlichen energetischen

Abkommen“ abgeschlossen werden, künftig nur in Euro nominiert werden.

Dadurch soll nach Auffassung Brüssels das politische, wirtschaftliche und finanzielle Gewicht der Union in der modernen multipolaren Welt untermauert werden. Europäische Experten betonen, dass dies „die wirtschaftliche Souveränität der Union angesichts der Politik des US-Präsidenten Donald Trump erhöhen wird“.

Gold besser als Dollar

Ökonomen sind sich im Allgemeinen einig, dass die makroökonomischen Trends den „Untergang“ des Dollars als wichtigste internationale Währung zusätzlich anspornen. Professor Barry Eichengreen von der University of California, Berkeley erläuterte, dass die Stärke der modernen Finanztechnologien das globale Währungsmonopol quasi sinnlos mache. Für Unternehmen und Banken aus verschiedenen Ländern sei es immer einfacher, von einer Währung zu einer anderen überzugehen – und diejenige zu wählen, die bei diesem oder jenem konkreten Deal am günstigsten wäre.

Und für den Fall von finanziellen Erschütterungen kaufen Zentralbanken verschiedener Länder und Großinvestoren immer mehr Gold. Einer der „Gurus“ dieses Marktes und Gründer des weltweit größten Hedgefonds Bridgewater Associates, Ray Dalio, hält dieses Edelmetall für eines der zuverlässigsten Instrumente zur Minimierung von finanziellen und politischen Risiken.

Und dafür gibt es eine durchaus vernünftige Erklärung: Sollte das Dollarsystem wegen der kolossalen Staatsschulden der USA zusammenbrechen, würde Gold keineswegs seinen Wert verlieren. Und dank seiner Funktion als Zahlungsmittel im Welthandel senkt es die Abhängigkeit von jeder Währung der Welt.

„Ich bin sicher, dass ein globaler ‚Neustart‘ beginnt, wenn verschiedene Regierungen der Welt ihre Schulden loswerden müssen, so dass sie alles an den Goldwert binden werden. Deshalb bauen Länder wie Russland und China ihre Goldreserven aus – sie wissen, was in einigen Jahren passieren könnte“, stimmte der Aufsichtsratschef von First Mining Gold, Keith Neumeyer, dieser Auffassung zu.